

SYSTEMRELEVANT 176

Bettina Kohlrausch analysiert die Debatte um das Bürgergeld – Sparmaßnahmen, Sanktionen und die Suche nach sozialer Gerechtigkeit.

Marco Herack:

Heute ist Freitag, der 12. Januar 2024 willkommen zu 176. Ausgabe von Systemrelevant. Bettina Kohlrausch, ich grüße dich.

Bettina Kohlrausch:

Hallo.

Marco Herack:

Bettina, du bist Direktorin des WSI, dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung und auch dir so 12. Januar kann man es noch, ne? Frohes Neues Jahr!

Bettina Kohlrausch:

Das wünsche ich dir auch.

Marco Herack:

Danke schön Bettina. An euch vorweg wir mal der Hinweis, dass wenn ihr uns erreichen möchtet, könnt ihr uns beispielsweise auf X, dem ehemaligen Twitter antickern @boeckler_de oder auch per E-Mail an systemrelevant@boeckler.de. Also Hinweise, Korrekturen, Anregungen, Unmut ... sendet sie uns und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert.

Mein Name ist Marco Herack und wir wollen uns heute mit dem Bürgergeld befassen. Darüber herrschte ja schon seit längerem Streit und das liegt auch jetzt intensiviert daran, dass das Bundesverfassungsgericht quasi eine neue Sparrunde ausgelöst hat für den Haushalt 2024. Und in dieser Sparrunde sind dann Elemente aufgetaucht, Bettina, die dir glaube ich nicht ganz so gefallen haben.

Bettina Kohlrausch:

Das stimmt.

Marco Herack:

Aber bevor wir da reingehen, kannst du ganz kurz erläutern, was das Bürgergeld ist? Und ich sag mal gleich dazu: Früher hieß das Hartz4.

Bettina Kohlrausch:

Genau. Das Bürgergeld hieß früher Hartz4 und dann hat ja die neue Bundesregierung, das abgeschafft und vor so ziemlich genau einem Jahr dann, wurde aus Hartz4 das Bürgergeld und das ging aber tatsächlich auch mit einigen Änderungen einher. Das Bürgergeld wird erhöht, indem geguckt wird, wie haben sich die Löhne entwickelt und auch die Inflation und das zusammen ergibt dann letztlich die Höhe des Bürgergelds. Und das Problem mit der Inflation ist, dass wenn das sozusagen rückwirkend über einen sehr, sehr langen Zeitraum geht, das war früher so. Dann haben letztlich die Bürgergeld-Bezieher*innen draufgezahlt und deshalb hat man

das jetzt verkürzt. Aber am Ende hat sich der Anpassungsmechanismus von der Logik nicht verändert. Sondern der Zeitraum auf den sich das bezieht und es gab auch noch mal paar ... Ja, also man hat den Eindruck ein bisschen rausgenommen.

Also es gab mehr Schonvermögen, es gab vor allen Dingen eine Abschaffung des sogenannten Vermittlungsvorranges. Das heißt, es war nicht so, dass Leute unbedingt eine Arbeit annehmen und nicht mehr so, dass Personen unbedingt eine Erwerbsarbeit annehmen müssen, wenn sie sich gleichzeitig auch qualifizieren können. Im Gegenteil man hat sogar explizit auch finanzielle Anreize eingeführt. Vor allen Dingen für Menschen die berufsqualifizierende Abschlüsse machen. Also es war schon auch eine Umkehr tatsächlich der Logik. Man hat Sanktionen nicht komplett abgeschafft, aber hat ein Sanktionsmoratorium eingeführt. Das heißt insgesamt war die Frage, die ich dann ganz viel mit Journalist*innen damals diskutiert habe, ist das jetzt ein Paradigmenwechsel oder nicht?

Und dann kann man sagen, die Höhe war nach Einschätzung eigentlich alle Sozialverbände und auch der Gewerkschaften und auch wir vom WSI sehen das so, nach wie vor zu niedrig, weil einfach die Art wie die Höhe des bereits festgelegt wird eigentlich nicht dazu geeignet ist wirklich eine armutsfeste Höhe zu gewährleisten. Aber gleichzeitig war es schon Paradigmenwechsel, z.B. durch eine Abschaffung des Vermittlungsvorrangs. Also dass man wirklich noch mal stärker eine nachhaltigere Integration in den Arbeitsmarkt angestrebt hat, anstatt jetzt einfach möglichst viel Druck ins System zu geben, damit die Leute irgendeinen Job annehmen möglichst schnell in den Arbeitsmarkt gehen. Weil das war ja auch eine der größten Kritikpunkte damals an Hartz4, dass es einfach so viel Druck von unten gemacht hat. Damals gab es auch noch keinen Mindestlohn und damit einfach die Ausweitung des Niedriglohnssektors extrem befeuert hat. Und insofern bin ich damals zu einer gemischten Bewertung gekommen.

Also ja, ich sehe da eine andere Systemlogik und gleichzeitig nein, also armutsfest ist das Ganze immer noch nicht. Und deshalb schafft es natürlich nach wie vor sehr viel Druck für die Menschen, die in diesen Situationen leben müssen. Das haben wir auch in sehr vielen Verteilungsberichten immer wieder dargestellt, dass eben Menschen, also haben wir nicht einfach nur die Zahlen der Menschen, die in Armut leben, dargestellt, sondern auch das, was das real für sie heißt. Also dass ein Teil von ihnen nicht mal regelmäßig die Wohnung heizen kann. Sie sich nicht regelmäßig neue Kleidung kaufen können, dass sie nicht so viele Paar Schuhe haben, wie sie eigentlich bräuchten. Dass sie sowieso nicht in Urlaub fahren, dass sie kein Auto haben. Also, dass es tatsächlich eine reale und auch nach unserer Einschätzung unangemessen große Einschränkung der gesellschaftlichen Teilhabe bedeutet, wenn man Bürgergeld bezieht.

Marco Herack:

Und da wird jetzt gespart an dem Punkt.

Bettina Kohlrausch:

Da wird jetzt gespart. Also zunächst mal, das war ja ein riesen Kritikpunkt, wurde das Bürgergeld relativ stark erhöht zum Anfang dieses Jahres und das wiederum steht auch nicht zur Debatte. Die Bürgergeld Sätze wurden schon also spürbar erhöht und zwar für Alleinstehende auf 563 Euro Monat. Das sind 61 Euro mehr als vorher und für die anderen Gruppen auch.

Das kann man glaube ich, entweder verlinken zu einer entsprechenden Seite oder selber schnell googeln, es gab da schon eine merkliche Erhöhung. Das leitet sich aber vor allen Dingen ab aus auch wirklich einer realen sehr hohen Inflation. Man muss eben sagen, dass die Inflation auch unterschiedlich Einkommensgruppen, das sagt ja das IMK immer wieder, unterschiedliche Einkommensgruppen unterschiedlich stark belastet. Also Menschen, die viel Geld für Lebensmittel z.B. ausgeben müssen, wo wir besonders hohe Preissteigerungen hatten, sind sozusagen stärker von der Inflation betroffen als Menschen das nicht tun. Bei denen Lebensmittel im Warenkorb, was sie sozusagen ausgeben im Monat, nicht so einen großen Anteil haben. Weil es ja häufig ein Argument ist, das letztlich der Anstieg des Bürgergeldes über dem Anstieg der Inflation sogar liegt und das stimmt für die Gruppe der Menschen mit geringen Einkommen nicht.

Dann wird häufig noch argumentiert: „Ja, aber inzwischen ist die Inflation wieder runter“. Ja, das stimmt. Aber das bedeutet ja nicht, dass die Preissteigerungen die wir in der Vergangenheit hatten und die in die Berechnung des Bürgergeld ist auch mit einbezogen wurden, nicht stattgefunden hätten. Dass es jetzt weniger schnell teurer wird, bedeutet ja nicht, dass es billiger wird. Insofern ist das ein Argument, dass ich nicht richtig nachvollziehen kann. Und insofern ist es schon angemessen, dass diese Erhöhung gegeben hat schwierig und problematisch wurde das Ganze eigentlich auch erst sozusagen im Vergleich zur Erhöhung des Mindestlohns, die minimal war für dieses Jahr. Und zwar einmal um '24 Cent waren das 41 Cent und zum '25 waren das noch mal 82 Cent. Was natürlich ein Witz ist, wenn man sich angeguckt, welche Inflationsentwicklung wir im letzten Jahr hatten. So das ist da in der Tat eine Diskrepanz gibt. Das ist aber eher ein Problem der Mindestloohnerhöhung, als jetzt Erhöhung des Bürgergeldes, die durchaus angemessen ist.

Und das soll auch, lange Rede kurzer Sinn, überhaupt nicht rückgängig gemacht werden. Zumindest aktuell geht es darum nicht. Es geht darum, dass sie Sanktionen verschaffen wollen. Und, wo sie auch sparen, ist dieser ... Ich weiß jetzt nicht, ob das der formell richtige Begriff ist; Weiterbildungsbonus. Ich glaube es heißt Weiterbildungsgeld. Was ich eben beschrieben hatte, dass es sogar noch zusätzliche finanzielle Anreiz geben sollte für Erwerbslose die einen Berufsabschluss nachholen wollen. Nämlich bis zu 150 Euro monatlich. Das wird sogar abgeschafft und es wird verstärkt die Sanktionen, wo ich jetzt nicht genau weiß, wie das wirklich faktisch dann umgesetzt werden soll. Aber die Idee ist, dass Totalverweiger*innen, also Menschen, die sich einfach strikt weigern sozusagen hinzukommen, angemessene Arbeit aufzunehmen, dass die bis zu zwei Monate das Bürgergeld gekürzt bekommen sollen, und zwar komplett.

Das sind sozusagen die Kürzungen. Man muss jetzt sagen, dass eh nur 3 Prozent im Bürgergeld sanktioniert werden und das sind ja nicht Totalverweigerer*innen. Das heißt, ob damit wirklich nennenswerte Summen mobilisiert werden können, steht noch mal auf einem anderen Blatt. Aber das ist sozusagen erstmal das was aktuell in der Debatte ist.

Marco Herack:

Hmm.

Bettina Kohlrausch:

Hmm. Habe ich auch gedacht, als ich das gehört habe.

Marco Herack:

Bettina, ich glaube, was mich an dieser ganzen Debatte so irritiert hat in den letzten Wochen, vielleicht auch Monaten, ist, dass dieses alte Bild des Missbrauchs da wieder aufgeplopt ist. Also da gäbe es Leute, die wollen absolut nicht arbeiten. Die wollen dann das Geld vom Staat, der zahlt ihnen die Wohnung, dann zahlt er ihnen das Bürgergeld und davon machen die sich einen Lenz.

Bettina Kohlrausch:

Ja, das ist natürlich diese Hängematte-Diskussion.

Marco Herack:

Mir persönlich fällt das so ein bisschen schwer mir vorzustellen, wie man sich mit dem Geld einen Lenz macht. Also ich will jetzt nicht bestreiten, dass man damit sicherlich irgendwie durchkommt, aber da hat man jetzt recht wenig gesellschaftliches Leben zum Beispiel dabei.

Bettina Kohlrausch:

Genau das haben wir ja schon gesagt. Die gesellschaftliche Teilhabe ist sehr stark eingeschränkt für Menschen im Bürgergeld. Es ist in der Tat genau diese Hängematte-Debatte, und ich war auch deshalb irgendwie so irritiert, weil, als dieser Vorschlag kam, war es gerade ein Jahr her, dass ich damals in derselben argumentativen Logik wie Hubertus Heil vor einem Jahr immer argumentiert hat, dieser Paradigmenwechsel ist richtig, weil dieses Misstrauen bringt einfach unnötig Druck ins System, ist unberechtigt und wir wissen, dass Sanktionen eigentlich keine positiven Effekt haben.

Und ein Jahr später macht man genau an dieser Stelle, wie ich schon gesagt habe, ich kann es nicht nachvollziehen, dass man sich davon massive Einsparungen verspricht, macht man da eine 180° Wende und führt eben auch einen Diskurs wirklich auf Kosten der Armen. Ja, das ist wirklich eine Verunglimpfung armer Menschen, da kann man immer 1.000 mal vor wegschieben und sagen: „Ja, ja, das ist ja nur ein kleiner Anteil.“ Man lässt sich auf diese Debatte ein, dass das eine angemessene Absicherung, ja also die Tatsache, dass die Menschen soziokulturelles

Existenzminimum haben, die tendenziell davon abhält zu arbeiten und es ist einfach Unsinn. Wir wissen, dass die meisten Menschen arbeiten wollen. Wir wissen, dass es tatsächlich bei Erwerbsarbeit zumindest bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt, nicht nur um materielle Teilhabe geht. Aber natürlich auch, aber es geht auch um Erfahrungen sozialer Anerkennung. Oder auch demokratischer Teilhabe, wenn es z.B. einen Betriebsrat gibt. Und all das ist wichtig für Menschen und deshalb wollen ja wirklich die allermeisten Menschen auch Arbeiten.

Insofern ist diese Debatte absolut schädlich, weil sie eben auch die Verantwortung total verschiebt. Ja, also wirklich zu glauben, dass sich irgendein Problem in dieser Gesellschaft lösen würde, indem man die Sanktion im Bürgergeld erhöht, ist wirklich Unsinn. Noch mal zu der Frage, gibt es Missbrauch? Ich bin mir sicher, dass man natürlich irgendwie immer für irgendein reißerisches Format irgendwie eine Person findet, die sich hinstellt und sagt: „Nee, ich habe lieber mein Bürgergeld, ich will nicht arbeiten.“ Aber das ist wirklich eine verschwindend geringe Zahl. Also, wie gesagt, die Sanktionen sind bei 3% und aus dieser Tatsache abzuleiten, dass es irgendwie dem Bürgergeld in der Logik immanent wäre Anreize zu schaffen, nicht zu arbeiten, ist wirklich einfach populistisch und durch nichts empirisch belegt.

Jetzt die Frage, was bringen Sanktionen? Also gibt es überhaupt empirische Belege dafür, dass Menschen dann schneller die Arbeit aufnehmen. Es gibt durchaus empirische Belege, die sagen; ja, wenn es Sanktionen gibt, gehen wieder mehr Menschen in Arbeit. Es gibt eine ganze Menge Dinge, die man dann aber noch nicht weiß. Man weiß z.B. nicht, wie lange bleiben die in Arbeit, ist es eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration. Nehmen die dann einfach irgendeinen Job auf, um Ruhe zu haben. Um im nächsten Moment wieder zu kündigen. Füllen Sie dann an dieser Weggabelung ihrer Erwerbskarriere wirklich die richtige Entscheidung unter dem Druck oder wär's nicht doch klüger noch mal ein berufsqualifizierenden Abschluss machen? Wir haben schließlich auch wirklich Fachkräftemangel. Das heißt, wir brauchen auch wirklich qualifiziertes Personal z.B. in der Pflege. Und es ist aber hingegen sehr gut belegt, dass Sanktionen auf alle Menschen, allein die Androhung von Sanktionen, die Möglichkeit, dass es die gibt, in diesem System enormen Druck ausübt und das ist bei manchen Menschen eher zu Rückzug führt. Eher zu einer Verstärkung von Depression und psychischen Belastung und eben nicht sozusagen, was wir gerade jetzt brauchen in der Zeit denn dieser Arbeitsmarkt so im Wandel ist. Eine grundlegende Breitschaft, eher nicht verstärkt zu sagen: „Ja, ich öffne mich vielleicht auch für was Neues, weil ich fühle mich hier in diesem Jobcenter dabei auch gut begleitet. Ich lasse mich auf eine Qualifizierung ein.“ Das kann ja tendenziell auch schiefgehen, das ist ja mit Risiken verhaftet. Und über möchte, dass Menschen diese Risiken auch auf sich nehmen, dann sollte man eines nicht tun: Druck auf sie ausüben. Und das macht die Verschärfung, die Androhung der Verschärfung von Sanktionen aber auf jeden Fall. Es bringt einfach mehr Druck ins System. Und ich weiß nicht, ob du diese Pressekonferenz gehört hast. Das ist auch genau das, was die sich davon erhoffen. Die hoffen einfach, dass präventiv dann einfach schon weniger Leute sozusagen keinen Job aufnehmen.

Also bevor sozusagen es zur Verhängung der Sanktionen kommt, dass sie schon anfangen Jobs anzunehmen. Jobs, die sie vielleicht gar nicht annehmen müssten, weil sie vielleicht eben gerade nicht angemessen sind, gerade für das Qualifikationsniveau. Also vielleicht die Menschen doch ein Recht darauf hätten sich weiter zu qualifizieren. Ich glaube einfach, dass das auch arbeitsmarktpolitisch totaler Unsinn ist. Also, ich halte das wirklich... Ich finde es auf jeder Ebene auf der Diskursebene, auf der Arbeitsmarktpolitik-Ebene und auch auf so einer grundsätzlichen... Ja, vielleicht fast moralischen Ebene, auf der man sich fragt, wie möchte man als Staat Menschen eigentlich begegnen, völlig unangemessen. Und ich glaube auch, dass dieses sich Einlassen auf populistische Debatten, die arme Menschen diskreditiert, progressiven Kräften keine einziges Zehntel Prozentpunkt mehr bei irgendeiner Wahl bringt, weil die Leute immer dann die Leute wählen, die diese populistischen Debatten angefangen haben. Und das ist dann eben nicht die SPD gewesen und auch nicht die Grünen.

Bettina Kohlrausch:

Also, insofern sehr ärgerlich das Ganze.

Marco Herack:

Also ihr merkt. Bettina hat eine gewisse Verve hier entwickelt und Fragen auch gleich mit eingebaut. Ja, es gibt es technisch ja durchaus Evidenz, die darauf hindeutet, dass das eher schädlich ist, wenn man diese Positionen populistischer Natur übernimmt. Gerade dann wenn man aus dem progressiven Lager kommt. Wenn wir schon mal in dieser schönen Debatte drin sind. Dieses Strafen-Ding. Das würde mich dann doch noch mal mehr interessieren, weil mein Eindruck war, auch aus vielen Berichten aber auch diverse Studien, dass wir da über Menschen reden, die oftmals gar nicht so die Befähigung mehr haben, aufgrund psychischen Drucks, aufgrund diverser Leiden, da jetzt große Sprünge zu machen. Einmal in Richtung Bildung, aber auch in Richtung, ich nehme jetzt irgendeinen Job an und werf' mich da rein und fülle den aus. Da müsste man ja auch noch mal genauer hinschauen, was da die Probleme sind, die die Leute vom Arbeiten abhalten. Und da ist ja vielleicht oftmals eher ein Sozialarbeiter gefragt.

Bettina Kohlrausch:

Das glaube ich auch. Also ich glaube, dass die Idee, dass man damit irgendwas kürzen könnte, völlig konträr zur Realität einfach ist. Weil es gibt z.B. auch Studien, die zeigen, dass Menschen mit einer geringen Bildung häufiger von Sanktionen betroffen sind und zwar nicht, weil sie weniger motiviert sind, sondern weil ihnen, das hat die Studie so erklärt, das kulturelle Kapital fehlt um sich zu wehren oder vielleicht doch einfach überzeugend zu erklären, warum sie bestimmte Dinge nicht können oder nicht hinkriegen. Und da stellt sich natürlich sofort die Frage: Was ist eigentlich mit Leuten die kein Deutsch können? Was ist mit Leuten, die psychisch krank sind? Das ist ja auch komplex. Also sind die wirklich in der Lage, auch die Leute in den Jobcentern, die Berater, da zu unterscheiden, wer nicht kann und wer nicht will?

Was ist eigentlich mit Bedarfsgemeinschaften, in den Kinder leben, kriegen die dann zwei Monate nichts zu essen? Also ich selber bin auch kein Juristin, aber es gibt ja auch Zweifel, dass das überhaupt vor dem Bundesverfassungsgericht Bestand hat, dieser Vorsatz. Da ist mir auch einfach in der Umsetzung überhaupt nicht klar, wie man eigentlich sicherstellen will, dass es dann auch wirklich zielgenau zumindest sanktioniert wird. Also das ist eben genau die trifft, die es auch treffen soll.

Nach meiner Einschätzung ist es nicht nötig. Aber stattdessen wird es Leute treffen, die wahrscheinlich wirklich psychisch krank sind oder aus anderen Gründen einfach nicht in der Lage sind Termine wahrzunehmen oder wie auch immer. Es wird nicht zielgenau sein. Es wird stattdessen eher Druck ins ganze System bringen. Es wird also konkret wirklich Menschen treffen, zu Unrecht, das haben wir jetzt auch schon. Aber es wird auch darüber hinaus die bloße Androhung, die bloße Tatsache, dass diese Optionen im Raum steht, wird glaube ich gerade Menschen, die sich eh stark unter Druck fühlen eher noch mehr unter Druck setzen. Und dann gibt es natürlich eine Form, wo man sagen kann des Betrugs, die wirklich existiert, das ist wenn Menschen nebenbei schwarz arbeiten. Das kriegt man aber mit Sanktionen überhaupt nicht geregelt. Da bräuchte es einfach mehr Kontrolle. Da bräuchte es mehr Aufstockung beim Zoll und so weiter.

Marco Herack:

Also die Arbeiten eher mehr schwarz dann?

Bettina Kohlrausch:

Sanktionen schaffen ja jetzt erstmal keine Anreize nicht schwarz zu Arbeiten. Dieses Problem adressiert man mit Sanktionen ganz sicher nicht. Und wenn man sich mögliche positive Effekte ansieht, und da steht eben dieser empirische Befund von einigen Studien im Raum, dass es tatsächlich einfach statistisch, die Anzahl der Menschen erhöht die Arbeit aufnehmen. Wenn es Sanktionen gibt. Also wirklich so auf der Makroebene. Und da stellt sich natürlich auch die Frage: Sind das eigentlich wirklich die, die von Sanktion bedroht sind oder sind das die, die präventiv sich so unter Druck fühlen, dass sie dann Jobs annehmen die sie überhaupt nicht müssten. Man weiß nicht, wie lange, wie nachhaltig das ist. Das habe ich eben schon gesagt. Und dieser, das sagen alle Studien, ist ein geringer Effekt. Effektiver ist es, die Leute zu qualifizieren oder zu begleiten. Und da stellt sich doch wirklich die Frage, dass dieser mit vielen Fragezeichen verbundene, kleine positive Effekt, irgendwie diese nachgewiesenen großen, negativen Effekte rechtfertigt. Und die Antwort, die ich darauf geben würde: Nein tut es nicht.

Marco Herack:

Wenn man das mal von der politischen Seite betrachtet, ist es ja auch ein Signal an alle. Das heißt, wer da runterrutscht, wer da rein rutscht, also ich sag es mal andersrum. Das Signal sieht für mich so aus wie gesellschaftliche Verhärmung, ne? Wir erarbeiten nicht mehr gemeinsam etwas, sondern wir zwingen euch dazu etwas zu tun und das ist natürlich ein Signal an alle Schichten, also der Trade-off des Ganzen

wäre dann in der Logik dessen, was wir auch die letzten 20-30 Jahre gesehen haben, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt hier potentiell eher erodiert.

Bettina Kohlrausch:

Das glaube ich auch, dass der erodiert. Und es gibt jetzt schon auch Umfragen die relativ hohe Zustimmung dafür nachweisen und 'Partei der Arbeiterklasse', das ist dann sozusagen auch so ein bisschen diese vermeintlichen Leistungsträger in der hart arbeitenden Mitte, die jeden Morgen aufsteht, auszuspielen gegen Menschen die das vermeintlich nicht tun. Nein, da muss man sagen im Bürgergeldbezug sind teilweise kranke Menschen, die stehen nicht auf weil sie nicht können. Es gibt auch, wenn sie psychisch belastet sind, sind sie auch krank und können einfach nicht. Es gibt Menschen, die sind in Pflegeverantwortung, die Arbeiten, aber die kriegen dafür kein Geld. Also, das ist natürlich auch ein sehr, sehr verengter Leistungsgedanke, der immanent eine Abwertung von Menschen vornimmt, die vermeintlich nicht leistungsorientiert sind und damit auch keinen Nutzen für die Gesellschaft haben. Da stellt sich natürlich die Frage: Was möchte man eigentlich für eine Gesellschaft sein. Wen betrachtet man für zugehörig. Und wenn man anfängt, die Frage der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft entlang der Frage von Nutzen oder nicht-Nutzen zu diskutieren, dann ist es genau das was du sagst, dann wird das eine verhärmte Gesellschaft, dann wird das eine ausgrenzende Gesellschaft und eben keine integrative Gesellschaft.

Und auch wenn man jetzt sehen kann, dass es vielleicht Zustimmungsraten dazu gibt, befeuert das aber genau diesen Mechanismus der am Ende dazu führt, dass, davon bin ich überzeugt, der integrative Gedanke, die so ein großzügiges Verständnis von Zugehörigkeit was man vielleicht auch braucht, um sich gemeinsam auf Risiken einzulassen. Und ich meine, wir müssen uns gemeinsam auf massive Veränderung einlassen. Genau das wird dadurch zerstört. Und deswegen glaube ich, tun sich progressive Parteien keinen Gefallen damit, jetzt auf kurzfristige Zustimmungsraten zu gucken und zu glauben, man würde damit tatsächlich irgendwie auch der eigenen Klientel irgendwie entsprechen, weil das tut man eigentlich nicht. Und es ist natürlich, also wir haben ja auch schon seit Jahrzehnten genau diese Abwertungs-Debatten und wir haben rechtspopulistische Kräfte in dieser Gesellschaft die öffentliche Debatten befeuern. Inzwischen auch rechtsextreme Kräfte und dass es sozusagen in so einer Stimmung schon gelungen ist auch so eine Abwertung nach unten, dieses nach unten treten zu etablieren, das will ich ja gar nicht bestreiten und dass ich das auch in solchen Umfragen dann widerspiegelt, aber sollte das wirklich was sein, woran sich progressive Kräfte in ihrer Entwicklung von Politik, die ja auch eigentlich immer irgendwie eine Entwicklung der Idee einer besseren Gesellschaft sein sollte, sollten sich die wirklich daran orientieren, also ich glaube nicht. Ich glaube wirklich nicht. Ich glaube damit tut sich wirklich niemand eingefallen.

Marco Herack:

Ja. Was machen wir jetzt damit Bettina?

Bettina Kohlrausch:

Ich weiß es nicht, ich bin...

Marco Herack:

Ich würde dich ja an der Stelle normalerweise fragen; Na, was da muss man denn jetzt tun? Aber wir sind ja gar nicht in der Situation, wo man sagen braucht, was man tun sollte, weil im Grunde ist es ja eher so, dass wir viel mehr in so einer Art Abwehrkampf sind, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern.

Bettina Kohlrausch:

Man könnte eigentlich nichts tun. Das wäre in diesem Fall schon mal gar nicht so schlecht und natürlich kann man immer ganz viel reden, ne. Wenn wir über dieses ganze System der Grundsicherung reden. Wir haben in diesem Kontext auch schon über die Kindergrundsicherung geredet und da kommt ja auch immer sehr deutlich, dass gerade so an den Schnittstellen zu anderen finanziellen Absicherungen, also gibt es den Kinderzuschlag und sowas. Das ist für Leute, die kurz über den Bürgergeld sind, dass da die Schnittstellen möglicherweise nicht so gut funktionieren und dass es durchaus sinnvoll ist, darüber nachzudenken, wie kann man so eine Grundsicherung weiterdenken? Ganz zu schweigen darüber, dass man doch auch noch mal darüber nachdenken sollte, wie man diese Bedarfe, also wie man eigentlich das soziokulturelle Existenzminimum angemessen definiert, weil das ist, nach meiner Einschätzung passiert es gerade nicht. Das ist nicht angemessen, was da berechnet wird. Das sind alles Dinge über die man diskutieren sollte. Genauso wie man tatsächlich, wir haben ja tatsächlich einen Anstieg der Langzeitarbeitslosen und gleichzeitig Fachkräftemangel, das ist ja überhaupt keine Frage, dass das so ist. Insofern macht es schon Sinn darüber nachzudenken, was können wir für diese Menschen tun, was müssen wir für diese Menschen tun, damit die wieder in den Arbeitsmarkt kommen. Sparen hilft da aber nicht, die brauchen einfach mehr Unterstützung.

Marco Herack:

Man könnte aber durchaus Geld sparen, oder, in dem System. Also, wenn man da mal so reinguckt, wie das aufgebaut ist, mit dieser riesen Verwaltung, die dahinter steht und wo teilweise mehrere Ministerium darüber streiten, wer da welche Zuständigkeiten hat und wo oftmals, wenn es ein Ticken komplexer wird, gar nicht mehr berechnet werden kann, wie sich eine Arbeitstätigkeit dann irgendwie auf die Grundsicherung einer Person auswirkt, da gäbe es schon sehr viel Potenzial, wo der Staat Geld sparen könnte. Nämlich an sich selber in der Verwaltung des Ganzen. Er könnte das wesentlich schlanker gestalten und ich finde es schon bezeichnend, dass wir dann lieber auf den Leuten rumhacken, weil wir da irgendwie noch mal ein paar Cent ausquetschen können. Aber dass der Staat nicht auf die Idee kommt, dieses Verwaltungspotenzial zu heben, was ja auch den Staat selber entlasten würde und was auch qualifizierte Arbeitskräfte freisetzen würde für etwas produktivere Tätigkeiten.

Bettina Kohlrausch:

Kann das nicht so richtig einschätzen, was man da an Verwaltungspotenzial tatsächlich sparen könnte. Fakt ist aber, dass bei der Berechnung, also wir haben ja berechnet, wie viel mehr Menschen im Mindestlohn haben als im Bürgergeld. Das sei auch noch mal gesagt, ich habe zwar glaube ich irgendwie gefühlt 100.000 mal gesagt in den letzten fünf Monaten: Wer arbeitet hat immer mehr. Aber nichtsdestotrotz hat sich dann sozusagen in ihm Feintuning, da musste Eric Seils, der das dankenswerterweise berechnet hat und der promovierter Fachmann ist, sich wirklich mehrmals korrigieren. Das waren irgendwie immer so 20 Euro, keine großen Summen, aber das zeigt mir einfach: Es ist in der Tat ein total kompliziertes System und das wiederum setzt noch mal zwei Fragezeichen. Das eine: Kriegen wirklich alle das, was ihnen zusteht? Also beim Kinderzuschlag, das ist jetzt nicht das Bürgergeld, aber da wissen wir, dass das nicht so ist, weil ganz viele gar nicht wissen, dass sie da ein Recht darauf haben. Dass ist sicherlich bei anderen Maßnahmen im Bildungsteilhabepaket auch so. Aber diese Idee, dass der rationale Mensch sich ausrechnet: Was kriege ich, wenn ich Bürgergeld habe und lohnt sich das mit dem Arbeiten. Da habe ich, nachdem wir das ausgerechnet haben, auch so meine Zweifel. Das ist gar nicht so einfach rauszukriegen, was man tatsächlich bekommt. Also, ich glaube die Menschen merken das, also gerade wenn es dann darum geht, viele sind ja Aufstocker, wie das sich mit den Abschnitten konkret auswirkt. Ich glaub die meisten Menschen wissen das, wenn sie ihren ersten Gehaltszettel vor sich liegen haben, weil es einfach ein irre kompliziertes System ist. Das stimmt in der Tat. Also, es gibt dann viel zu tun ohne Frage, aber Sanktionen werden nicht der erste Punkt auf den ich gekommen wäre, wenn ich da noch mal was hätte verändern wollen.

Marco Herack:

Aber der Leichteste.

Bettina Kohlrausch:

Ja und das ist eben und das ist das Ärgerliche, ich kann mir nicht ernsthaft vorstellen, dass da nennenswerte Summen bei gespart werden und das es vermutlich auch gar nicht darum ging, sondern sich ein Stück weit auf eine Debatte einzulassen, von der ich wirklich sicher bin, dass sie unserer Gesellschaft schadet, aber auch den Protagonisten die sie gerade führen.

Marco Herack:

Bettina Kohlrausch, vielen Dank für das Gespräch.

Bettina Kohlrausch:

Sehr gerne.

Marco Herack:

Und wenn ihr dazu noch ein paar Gedanken habt, sendet sie uns, auch wenn sie nicht erfreulicher Natur sind. systemrelevant@boeckler.de ist unsere E-Mail-Adresse, auf Twitter findet ihr uns als [@boeckler_de](https://twitter.com/boeckler_de) und wir freuen uns natürlich, wenn ihr uns in einem Podcatcher eurer Wahl abonniert. Vielen Dank fürs Zuhören, euch eine schöne Zeit und bis nächste Woche. Tschüss.

Bettina Kohlrausch:

Tschüss.